Chronik eines politischen Scheiterns

Luxemburg in den Jahren 2002 bis 2013

Angesichts einer sich überschlagenden Tagesaktualität verlieren auch politisch Interessierte langsam den Überblick. Die Aufarbeitung der letzten 10 Jahre und insbesondere ein Urteil über die Gouvernance im Staate Luxemburg ist jedoch dringend erforderlich und sollte von den „forces vives" der Gesellschaft – innerhalb von Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden – geleistet werden. Im Folgenden bieten wir als Grundlage dazu eine erste, vorläufige Chronik des politischen und institutionellen Scheiterns der beiden letzten Legislaturperioden.

11. September 2001

Terroranschläge auf das New Yorker World Trade Center und den Pentagon in Washington. Bereits einen Tag später wird im NATO-Rat in Brüssel der „Bündnisfall" ausgerufen: damit befindet sich Luxemburg offiziell im Krieg.

31. März 2003

Razzia in „Islamistenkreisen". Zwanzig Familienwohnungen werden gewaltsam aufgebrochen und durchsucht (davon zwei aus Versehen). Der monatelang vorbereiteten Operation folgt keine Anklage. Es handelt sich um die erste Zusammenarbeit von Geheimdienstdirektor Marco Mille (vorher Beamter im Außenministerium) und Operationsleiter Frank Schneider (vorher Angestellter bei der US-Botschaft) mit dem Kriminalpolizisten André Kemmer und dessen Kontakt André Durand, ein belgischer Hausmeister, der als „source technique" für die Kriminalpolizei und später für den Geheimdienst diverse Bespitzelungsaufträge ausführt.

10. Oktober 2002

Le Jeudi publiziert einen Artikel mit vom SREL gespeisten „Insiderinformationen" über angebliche Terrornetzwerke in Luxemburg. Der Journalist fordert die Regierung auf, „radikale Maßnahmen" zu ergreifen und der Polizei mehr personelle und juristische Mittel bereitzustellen.

3. April 2003

Salmi Taoufik Kalifi, ein bosnisch-tunesischer Staatsbürger, dessen Wohnung bei der Razzia durchsucht wurde, wird nach Tunis ausgewiesen. Ihm wird vorgeworfen, Mitglied von Ennahda zu sein (der tunesischen Organisation also, die heute die Regierung stellt). Noch am Flughafen wird er festgenommen. Während seiner U-Haft wird er 38 Tage lang gefoltert. Juncker meint auf einem Presse-Briefing: „Seien Sie froh, dass er nicht mehr im Lande ist. Frau und Kind wurden mitausgewiesen. Es soll niemand sagen, wir würden Familien auseinander reißen".

8. Juli 2003

Das Parlament stimmt für das „Antiterrorgesetz" und schreibt damit Luc Friedens „nebulöse" (Staatsrat) Definition von „Terrorismus" in den Code Pénal. Den verfassungsrechtlichen Einwänden der Zivilgesellschaft begegnet Jean-Claude Juncker in einer Unterredung mit der persönlichen Vertrauensfrage: „Ihr werdet doch wohl nicht glauben, dass solange ich Premierminister bin, es zu Missbräuchen kommt?!"

14. November 2005

Jean-Claude Juncker macht die Bommeleeër (wieder) zur Staatsaffäre. Wenige Tage zuvor berichtet RTL über Eugène Beffort, der – damals noch anonym – sagt, er hätte eine Person des öffentlichen Lebens 1985 kurz nach dem Sprengstoffanschlag am Findel gesehen. „Ob dat een Décken ass oder een aneren, ass mir sou laang wéi breed", sagt Juncker und empfängt in Präsenz von zwei RTL-Journalisten den Zeugen Beffort. Dieser eröffnet ihm, Prinz Jean am Tatort gesehen zu haben, was Juncker an die Justiz weiterleitet. Weder die Justiz noch der großherzogliche Hof sind *amused*. Dass damit ein Jahrzehnte altes Gerücht gepusht wurde, nennt Biever 2008 in *forum* „zumindest nicht hilfreich" für die Arbeit der Justiz. Kurze Zeit später soll im Palais ein Gespräch zwischen dem Großherzog und dem Staatsminister über diese Episode stattgefunden haben, das angeblich aufgezeichnet wurde. Über dieses Gerücht (welches den Auslöser für die „Uhren"-Affäre des SREL liefern wird) setzt der Geheimdienst Juncker Ende 2005 in Kenntnis.

Januar-Juni 2006

Übernahmeschlacht zwischen Mittal und Arcelor. Premierminister Juncker gibt den Verteidiger der europäischen Industrie und überlässt es seinem Wirtschaftsminister, Jeannot Krecké, parallel und im Geheimen mit Mittal zu verhandeln. Dass der Industriestandort für die Interessen des Finanzplatzes geopfert wurde, bestätigt Krecké 2012 im forum*-Interview. Mitten in den Verhandlungen hatte Justizminister Luc Frieden die EU-Übernahmerichtlinie in einer Weise umgesetzt, die die Möglichkeiten von Arcelor sich gegen die feindliche Übernahme zu wehren, massiv einschränkte. Die Regierung richtet in der Folge ihre Wirtschaftspolitik verstärkt nach Kapital aus Russland, China und der arabischen Halbinsel aus. Die „intelligence économique" wird innerhalb des SRELs ausgebaut.*

31. Juli 2004

Die Regierung Juncker/Asselborn I wird vereidigt. Luc Frieden wird Justiz-, Polizei- und Armeeminister.

1. Januar 2005

Jean-Claude Juncker wird ständiger Vorsitzender der Euro-Gruppe, ursprünglich nur für 2 Jahre. Sein Mandat wird mehrmals verlängert.

Januar 2006

Die drei Geheimdienstler Marco Mille, Frank Schneider und André Kemmer unterrichten Jean-Claude Juncker und Luc Frieden über ein Luxemburger Konto von Pascal Lissouba, Ex-Präsident von Kongo-Brazzaville, bei einer Filiale der Bayrischen Landesbank. Im Dickicht der „Françafrique" agiere der frühere Präsident des Rechnungshofes Gérard Reuter als Mittelsmann. In diesem Meeting, unterbreiten die Geheimdienstler den Ministern auch ihre „Arbeitstheorie" in Sachen Bommeleeër. Die Täter seien im Umkreis der CSV-nahen WACL und des Stay-Behind-Netzwerkes zu suchen. Es habe neben dem Hausfrauen-und-Rentner-Stay-Behind eine militärische Parallelstruktur gegeben. Juncker und Frieden geben diese Informationen weder an die Luxemburger Staatsanwaltschaft (die gegen Gérard Reuter und in Sachen Bommeleeër ermittelten), noch an die parlamentarische Kontrollkommission des Geheimdienstes weiter. 2008 wird sich die Kommission auf Anfrage Junckers mit Stay-Behind befassen. Das Meeting mit Juncker und Frieden sei heimlich vom Geheimdienst aufgenommen worden, das meinte jedenfalls Marco Mille vor der parlamentarischen U-Kommission.

☞

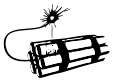
2006

Für abends 8 Uhr wird in den Büros des SREL eine Sitzung einberufen. Sechs Personen nehmen teil, darunter der Operationsleiter Frank Schneider, André Kemmer sowie der Direktor Marco Mille. Auch wenn dies nicht seiner offiziellen Mission entspräche, würde der Geheimdienst an einem Pädophiliedossier arbeiten: „Wenn jemand hiermit ein Problem hat, soll er den Raum sofort verlassen", habe Mille gesagt. Alle bleiben sitzen. Dieses Treffen markiert den Anfang einer u. a. gegen den Staatsanwalt Robert Biever gerichteten Diffamierungskampagne. Der SREL mutiert zur „parallelen Geheimpolizei" (Biever) im rechtsfreien Raum.

28. September 2006

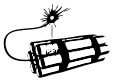
Nach einer beispiellosen Medienkampagne richtet sich Großherzog Henri an seine „Mitbürger". Im Juli war bekannt geworden, dass der großherzogliche Hof seinen Teil des Grünewalds verkaufen wolle, dazu kamen Informationen über eine geplante Versteigerung von Juwelen. Sehr früh informiert, wartet die Regierung bis in den Herbst, um sich dann bereit zu erklären, den Wald des Großherzogs zu pachten.

25. November 2007



Staatsanwalt Robert Biever gibt auf einer sonntäglichen Pressekonferenz bekannt, dass zwei Polizisten die Hauptverdächtigten im Bommeleeër-Dossier sind, die heute angeklagten Jos Wilmes und Marc Scheer. Luc Frieden wartet eine Woche, bis er die beiden Beamten vom Dienst suspendiert.

30. Januar 2008

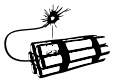


Minister Frieden entlässt Pierre Reuland und Guy Stebens, den Generalsekretär der Polizei. Der endgültige Auslöser ist ein Brief, den Staatsanwalt Robert Biever zwei Tage zuvor an den Justizminister sandte (und der Presse zukommen ließ). Darin wirft Biever Reuland und Stebens vor, die Justiz in ihren Ermittlungen im Bommeleeër-Dossier behindert zu haben. Außerdem soll Reuland den Bommeleeër-Ermittlern 2006 gesagt haben, sie würden nur bis zu einem gewissen Punkt kommen „an dann ass Schluss". Laut Biever sagt Frieden in jenen Tagen in einem Gespräch, es werde jetzt zum „Krieg (kommen) zwischen Justiz und Polizei, und ihr verliert." Im Parlament sagt Frieden am 30. Januar: „Et deet mir mënschlech leed", Reuland und Stebens von ihren Funktionen zu entbinden, aber Bievers Brief „huet mir keen anere Choix gelooss". Dem veröffentlichten Brief waren zwei unveröffentlichte Beschwerdebriefe des Staatsanwaltes an den Justizminister vorausgegangen, der diesen jedoch keine Folge geleistet hatte.

Februar 2006

Jean-Claude Juncker platziert seinen Chauffeur Roger Mandé im SREL – bis heute bleibt unklar mit welchem Auftrag.

Sommer 2006

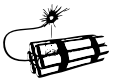


Luc Frieden (Polizei- und Justizminister) begegnet zufällig Doris Woltz, der Untersuchungsrichterin im Fall „Bommeleeër". Sinngemäß habe der Minister gefragt: „Wéini maacht Der deen Dossier zou?" und damit einen weiteren Beleg geliefert, dass er die Ermittlung nicht unterstütze, so Woltz.

25. November 2007

Geheimdienstchef Marco Mille zeichnet mit einer Armbanduhr erneut ein Gespräch mit Jean-Claude Juncker im Staatsministerium auf.

5. Dezember 2007



Staatsanwalt Robert Biever sagt vor der parlamentarischen Justizkommission aus, Pierre Reuland, der damalige Generaldirektor der Polizei, habe der Justiz im Bommeleeër-Dossier wichtige Informationen vorenthalten.

Frühjahr 2008

Frank Schneider beginnt eine Ermittlung zur Cargolux. Er unterstellt dabei einzelnen Personen der Cargolux-Führung Schmuggel, Korruption und „assistance à la prolifération". Der Ende März im Geheimdienstkontrollausschuss vorgestellte Bericht schlägt eine teilweise Neubesetzung des Verwaltungsrates vor. Als möglicher Investor wird auch Nadhmi Auchis General Mediterranean Holding (GMH) genannt.

Juli 2008

Frank Schneider verlässt den SREL und gründet u. a. zusammen mit der GMH die private Sicherheitsfirma Sandstone. Noch im gleichen Monat informiert ein hoher Beamter des Wirtschaftsministeriums die Regierung, dass Schneider sein Insider-Wissen und seine Kontakte für Privatzwecke einsetze.

2. Dezember 2008

Jean-Claude Juncker ruft die Fraktionschefs der Parteien zusammen, um die „institutionelle Krise“ zu lösen, die im Zuge der Weigerung des Großherzogs entstanden war, das Gesetz zur Sterbehilfe zu unterschreiben. Bereits im Sommer 2008 war Premierminister Juncker und die Regierung über den Entschluss des Großherzogs informiert. Alle Parteien lassen sich von Juncker überrumpeln und akzeptieren seine Lösung, nämlich die Verfassung im Handstreich zu ändern. Der Großherzog erlässt (*promulgue*) Gesetze nur noch und heißt sie nicht mehr gut (*sanctionne*). Die CSV hatte sich Jahrzehnte gegen eine diesbezügliche Modernisierung der Verfassung gewehrt.

20. Februar 2009

„Wickringen ist nicht IVL-konform, wir sollten nach einer alternativen Lösung suchen“, sagt Jean-Claude Juncker nach dem Regierungsrat. Er gibt bekannt, dass die Regierung das neue nationale Fußballstadion nahe der Ortschaft Liwingen errichten lassen will. Die Grundstücke gehören dem Promotor Flavio Becca, mit dem ein Public-Private-Partnership (PPP) anvisiert wird. Um Beccas privaten Investitionen eine Rentabilität zu sichern, soll in Liwingen ebenfalls ein Shoppingcenter mit 76 000 Quadratmetern Geschäftsfläche entstehen. Bei einer Entfernung von ca. 7 km Luftlinie zu Rollingers bereits genehmigten Shoppingcenter in Wickringen steht dieses PPP jedoch sowohl finanziell als auch politisch auf wackeligen Füssen. Wirtschafts- und Sportminister Jeannot Krecké wird beauftragt, Verhandlungen mit den beiden konkurrierenden Promotoren zu führen.

Herbst 2008

Jean-Claude Juncker erfährt von André Kemmer, dass mindestens eines seiner Gespräche mit dem Geheimdienst aufgenommen wurde; es sei nicht auszuschließen, dass Kopien hiervon zirkulieren.

16. Dezember 2008

Den Aussagen Marco Milles nach, hat ihn Juncker an diesem Tag mit seinem Wissen um die Aufnahme konfrontiert. Juncker meldet den Vorfall nicht der Staatsanwaltschaft und nach drei Jahren ist der Tatbestand verjährt.

18. Dezember 2008

Der Innen- und Landesplanungsminister Jean-Marie Halsdorf scheitert mit seiner Klage gegen die kommunale Baugenehmigung für das Wickrange Shoppingcenter. Die Regierung hat keine juristischen oder verwaltungstechnischen Mittel mehr, das 23 000 Quadratmeter-Projekt (120 Geschäfte) zu stoppen. Die Bauträger Guy Rollinger und ING Real Estate Belgium rechnen mit einer Eröffnung für das Weihnachtsgeschäft 2010.

März 2009

Jeannot Krecké fliegt im Privatjet von Flavio Becca zur Immobilienmesse Mipim nach Cannes. Das habe ihn „zeitlich arrangiert“ meint Krecké zwei Jahre später. Der Flug wird ihm für 665 Euro in Rechnung gestellt.

30. März 2009

Im Büro des Premierministers treffen Premierminister Jean-Claude Juncker (CSV), Landesplanungsminister Jean-Marie Halsdorf (CSV) und Sport- und Wirtschaftsminister Jeannot Krecké (LSAP) eine Absprache mit Guy Rollinger. Die drei Minister versichern dem Unternehmer, er könne sein in Wickringen geplantes Shoppingcenter in Liwingen in Zusammenarbeit mit Flavio Becca neben dem geplanten Fußballstadion umsetzen. Dieses Projekt wolle man „fermement“ unterstützen, heißt es drei Tage später in einem „hochvertraulichen“ Brief an Guy Rollinger und Flavio Becca; das Outlet-Center mit Stadion sei „von nationalem Interesse“. Mit diesem Dokument genehmigt die Regierung, vorbei an allen administrativen Prozeduren, dem Privatpromotor einen Transfer seiner Geschäftsflächen von Wickringen nach Liwingen.

☞

Frühjahr 2009

Premierminister Juncker informiert Charles Goerens, den Präsidenten des Kontrollausschusses Geheimdienst über die geheime Aufnahme von Marco Mille.

7. Juni 2009

Bei den Parlamentswahlen gewinnt die CSV 2 Mandate hinzu, die LSAP verliert ein Mandat. Das Koalitionsabkommen zwischen CSV und LSAP wird am 20. Juli unterzeichnet. Die Regierung Juncker/Asselborn II nimmt ihre Arbeit auf.

12. April 2010

Jean-Claude Reding (OGBL) veröffentlicht die Sparvorschläge der Regierung und erfindet damit die „offene Tripartite". Den Bruch mit dem Konsensmodell der geschlossenen Diskussionskreise wird die Institution Tripartite nicht überleben. In den folgenden Tagen geht Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) auf Distanz zu Finanzminister Luc Frieden. Am gleichen Wochenende fordert der Luxemburger Wort*-Chefredakteur Marc Glesener in einem Leitartikel Neuwahlen.*

15. Dezember 2010

Nicolas Schmit begleitet seinen wegen Amtsbeleidigung vorgeladenen 18-jährigen Sohn zur Polizeiwache und bleibt während der Anhörung. Dort habe der Minister versucht, Druck auszuüben, wenigstens nach dem Empfinden der Protokoll führenden Polizistin. DP, Grüne und ADR sehen die Intervention des Ministers als „Amtsmissbrauch" und fordern dessen Rücktritt, die CSJ schließt sich an.

25. Januar 2011

„Minister Schmit genießt mein Vertrauen", verkündet der Premier im Parlament und bezeichnet die im Polizeibericht zitierten Aussagen als „Interpretationsdivergenzen". Minister Schmit bleibt stumm. (Im Juni 2013 beim Misstrauensvotum gegen Luc Frieden wird der Platz von Schmit auf der Regierungsbank leer bleiben.)

5. Juni 2009

Zwei Tage vor den Parlamentswahlen informiert der Premierminister den parlamentarischen Kontrollausschuss über die Aufnahme. Die Ausschussmitglieder beschließen zu diesem Zeitpunkt, dem Vorfall keine direkten Folgen zu geben. Drei Jahre lang werden die Mitglieder der Kontrollkommission ihr Stillschweigen bewahren.

November 2009

Jean-Claude Juncker verpasst seinen Abgang in Richtung Vorsitz des Europäischen Rates. In Luxemburg herrscht monatelang Katerstimmung bei allen, die ihre Karrieren schon auf den Juncker-Weggang eingerichtet hatten.

26. Juli 2010

Das Gesetz zur Studienfinanzierung des damaligen Hochschul- und Justizministers (und zukünftigen Richters am Europäischen Gerichtshof), François Biltgen, tritt in Kraft. Die Kinder von Grenzgängern werden von den Beihilfen ausgeschlossen.

6. Januar 2011

Vor rund 5 000 begeisterten Zuschauern lässt Flavio Becca in der Coque sein neues Radteam Leopard Trek vorstellen. Am Nachmittag hat Jean-Claude Juncker ihn zusammen mit dem LSAP-Abgeordneten und Leopard-Verwaltungsratmitglied Lucien Lux sowie die Rennfahrer Schleck und Cancellera im Staatsministerium empfangen.

Februar 2011

Finanzminister Luc Frieden reist mit Erbgroßherzog Guillaume nach Doha, im Katar. Mit dem katarischen Vizepremierminister trifft Frieden im Alleingang eine „mündliche Absprache" über den Verkauf eines Drittels der Cargolux-Aktien an Qatar Airways. Alle Akteure sind überrascht von diesem „Handshake", denn die Verhandlungen zwischen den beiden Gesellschaften waren im Juni 2010 gescheitert und Frieden sollte höchstens ausloten, ob das Dossier wiederbelebt werden könne.

30. September 2011

Der Mouvement écologique veröffentlicht den vertraulichen Brief von Juncker, Krecké und Halsdorf an Becca und Rollinger. Gleichzeitig wird bekannt, dass der Direktor der Sparkasse Jean-Claude Finck sein Wohnhaus an seinen Geschäftskunden Flavio Becca verkauft hat. Die Gemengelage wird vollends unübersichtlich, als sich herausstellt, dass der LSAP-Fraktionsvorsitzende Lucien Lux dieses Haus von Flavio Becca zwischenzeitlich mietet.

5. Oktober 2011

Die Minister Krecké und Halsdorf müssen in einer öffentlichen Anhörung im Parlament erklären, sie seien nicht „korrupt". Flavio Becca habe ihnen weder eine Uhr noch eine Flugzeugreise geschenkt. Auch Jean-Claude Juncker geht auf Distanz, sagt aber nicht explizit zu wem: „Ich bin sehr weit von all diesen Milieus entfernt".

10. November 2011

Wirtschaftsminister Jeannot Krecké bricht eine Handelsreise in Vietnam ab, reist zurück ins Großherzogtum und bestätigt auf einer Pressekonferenz die Gerüchte um seinen Rücktritt. Im März 2012 gründet Krecké „Key International Strategy Services", eine Beratungsgesellschaft. Im Mai 2012 wird Krecké für den Vorstand von Sistema nominiert, Russlands größter Investmentfirma. Krecké vertritt bis heute den Staat im Aufsichtsrat von Arcelor-Mittal. Mittlerweile hat Arcelor-Mittal nicht nur Hochöfen in Belgien und Frankreich geschlossen, sondern auch Werke in Luxemburg.

10. Juni 2011

Der katarische Premierminister Al Thani unterzeichnet in Luxemburg den Vertrag, mit dem der Cargolux-Deal besiegelt wird. Zwei persönliche Freunde von Frieden – Albert Wildgen und François Pauly – spielen in diesem Dossier eine undurchsichtige Rolle. Albert Wildgen – Geschäftsanwalt mit guten Kontakten in den Golfstaaten, Präsident der Güterverwaltung des Großherzogs und Schleck-Anwalt – war im Februar 2011 beim „Handshake" dabei. Nun wird Wildgen Präsident des Verwaltungsrates der Cargolux – auf Wunsch der Kataris. Ein Tag zuvor wird unter größter Geheimhaltung der Transfer der Aktien organisiert. Erst nach zähen Verhandlungen akzeptieren die staatlichen und halbstaatlichen Aktionäre (BCEE, SNCI und Luxair), dass die privaten Aktionäre BIP Investment Partners und Lux-Avantage ein größeres Stück des Kuchens – sprich des Verkaufspreises – erhalten. BIP – mit François Pauly als Geschäftsführer – profitierte besonders von diesem unorthodoxen Vorgehen. Der gleiche François Pauly ist am Verkauf der Kreditbank Luxemburg (KBL) und der BIL an Precision Capital beteiligt, die Investmentgesellschaft der Familie des katarischen Emirs.

9. Oktober 2011

Gemeindewahlen. In der Hauptstadt beerbt Xavier Bettel Paul Helminger, der im Mai 2012 Aufsichtsratpräsident von Luxair wird und im Januar 2013 Albert Wildgen in der gleichen Funktion bei Cargolux ablöst.

8. Mai 2012

Jean-Claude Juncker gibt in seiner Regierungserklärung zur Lage der Nation bekannt, die Regierung könne wegen der budgetären Lage den Bau eines Stadions in Liwingen finanziell nicht unterstützen.

16. Mai 2012

Das *Lëtzebuerger Land* meldet, die Regierung sei bei der Sparkasse interveniert, um Rollinger einen Kredit von 16 Millionen Euro zu sichern, damit er seinen Partner im Wickrange Shoppingcenter-Projekt auszahlen kann. Innenminister Halsdorf erklärt, sich bei seinem Telefongespräch mit Jean-Claude Finck lediglich über die Bedingungen der Kreditvergabe an Rollinger „informiert" zu haben.

13. Juni 2012

Bei der zweiten Interpellation der Regierung in Sachen Liwingen, ruft Juncker trotzig in den Plenarsaal: „Wenn nach der Debatte das Land glaubt, ich sei korrupt, dann verlangen Sie meinen Rücktritt!" Nie wieder würde er sich ohne Zeugen mit Promotoren und Investoren treffen, sagt der Premier. Jean-Marie Halsdorf gibt seinerseits an, das Gespräch mit dem Sparkassendirektor habe nicht länger als „10 Sekunden" gedauert, lediglich nach dem Zinssatz von Rollinger habe er sich erkundigen wollen; dennoch: „Ich würde es nicht nochmals tun, schließlich lernt man immer dazu". Noch während der Debatte verschickt der Staatsanwalt ein Presseschreiben, in dem er eine Voruntersuchung ankündigt. Robert Biever verhindert damit die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, da dieser sich nicht mit Tatbeständen einer laufenden Polizeiermittlung befassen darf.

11. Juli 2012

Sparkassendirektor Finck übergibt den Ermittlern der Kriminalpolizei eine handgeschriebene Beschreibung eines Traums („Refilm"), den er in der Nacht vom 7. auf den 8. Juni gehabt habe und bei dem ihm das Telefongespräch mit Halsdorf vor drei Jahren in aller Klarheit erschienen sei. Dem Innenminister habe er damals am Telefon geantwortet: „All eis Dossier'ën ginn no strenge Prozeduren an de Marchéskonditiounen ofgeweckelt. Mei kann ech der net soen". Dieses Traumkonstrukt sollte am Ende genügen, um den Verdacht auf eine Verletzung des Bankgeheimnisses und versuchte Einflussnahme von Minister Halsdorf und Sparkassendirektor Finck zu entkräften.

7. Juni 2012

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zu Liwingen/Wickringen erheben Claude Meisch (DP) und François Bausch (Déi Gréng) erstmals explizit den Vorwurf der „Erpressung" und „Korruption". Jeannot Krecké und Jean-Marie Halsdorf hätten die Gebrüder Rollinger erpresst, in der Absicht die Einstellung des Projektes Wickringen zu erzwingen. Die Anschuldigung basiert auf einem Gespräch vom Juli 2010 zwischen Guy Rollinger und Paul Helminger (DP).

9. Juli 2012

Der Bericht der Voruntersuchung (einer Ermittlung bei der die Zeugen nicht unter Eid verhört werden und keine Hausdurchsuchungen angeordnet oder Beweismittel beschlagnahmt werden dürfen) zu den Erpressungsvorwürfen wird dem Staatsanwalt übergeben: Guy Rollinger und sein Mitarbeiter Wyrich geben zu Protokoll, von Krecké im Wirtschaftsministerium bedroht worden zu sein: „Dir wësst, mir kënnen iech d'Genék briëchen ... Dir wësst, dir braucht d'Banken nach ..." Jeannot Krecké nach sind diese Aussagen „Lügen". Der Staatsanwaltschaft nach steht Aussage gegen Aussage.

17. Juli 2012

Das Parlament beschließt mit den Stimmen von CSV, LSAP, DP und Déi Gréng keine Anklage gegen Ex-Minister Krecké zu erheben, da die in der Verfassung vorgesehene Prozedur unvollständig ist. Auch Jean-Marie Halsdorf wird nicht belangt.

17. Juli 2012

Am Abend kommt die Nachricht, dass Frank Schleck im Tour de France positiv auf Dopingmittel getestet wurde.

2. Oktober 2012

Finanzminister Luc Frieden stellt im Parlament den von der Regierung erarbeiteten Haushaltsentwurf vor und erntet sogar von den Koalitionsparteien Kritik. In den nachfolgenden Budgetdebatten desavouieren Juncker und Asselborn „ihren" Finanzminister. Marc Spautz und Lucien Lux legen einen Budget-Gegenentwurf der Mehrheitsfraktionen vor.

16. November 2012

Qatar Airways steigt wieder aus Cargolux aus. Die Kataris übten seit Monaten großen Druck aus, um die Flugzeugflotte der Cargolux drastisch zu reduzieren, die Wartung auszulagern und eine Lockerung des Arbeitsrechts zu erreichen. Sie erreichten, dass Frank Reimen, Ex-Regierungsrat im Transportministerium und LSAP-Protegé, im Juli 2012 entnervt seinen Posten als Cargolux-CEO aufgab und (provisorisch) durch ihren Favoriten Richard Forson ersetzt wurde. Während Luc Frieden auf der Swiss Banking Global Conference in Zürich weilt, machen Nachhaltigkeitsminister Claude Wiseler und Wirtschaftsminister Etienne Schneider den Kataris klar, dass sie ihre Forderungen und ihren Kandidaten Forson nicht werden durchsetzen können. Damit ist Luc Friedens großer Deal gescheitert.

19. November 2012

Die Abendnachrichten von RTL-Radio beginnen mit zwei Hauptnachrichten: „‚Dat war een inakzeptabelen Virgang', seet den Staatsminister Jean-Claude Juncker [...] nodeems en gewuer gouf, dat den fréieren Chef vum Geheimdéngscht hien heemlech ofgelauschtert huet. Den Finanzminister Luc Frieden geréit am Cargolux-Dossier staark ënnert Drock." Es ist das vorläufige Ende der Cargolux-Affäre und der Beginn des SREL-Skandals.

1. Dezember 2012

Der Hof reagiert und verschickt ein dreizeiliges Presseschreiben: „La Cour grand-ducale dément de la façon la plus formelle les informations parues dans les médias concernant les relations qu'elle aurait entretenues avec les services secrets britanniques". Vier Tage später ergänzt der Hof: „La Cour grand-ducale (...) réaffirme son attachement indéfectible à l'État de droit".

15. November 2012

Im Parlament steht Luc Frieden wegen des Cargolux-Deals in der Kritik. Lucien Lux, Fraktionspräsident der LSAP, zeigt sich entsetzt: „Dass dës Iwwernahm laanscht, et kann ee souguer soe géint de Verwaltungsrot vun der Cargolux gelaf ass, ass och nach ëmmer nodréiglech ze bedaueren!" Zur Rolle von Albert Wildgen, den er in seiner Delegation mit an den Verhandlungen teilnehmen ließ, obwohl dieser als Anwalt die Geschäftsinteressen der Kataris vertrat, rechtfertigt sich Frieden mit den Worten: „Net ech décidéieren, wien de Grand-Duc héritier mathëllt op eng Rees." Dass ein Minister zu seiner Verteidigung einfach dem zukünftigen Staatschef die Verantwortung überträgt, wird von der Presse nicht aufgegriffen.

19. November 2012

Kaum von der Öffentlichkeit beachtet, wird auf einer Generalversammlung der Wickrange Messdall SA der Verkauf der letzten Aktien von Guy Rollinger an die Baugruppe Giorgetti-Kuhn aktiert. Am Ende des Konkurrenzkampfes zwischen Promotoren stehen zwei Verlierer: Guy Rollinger und Flavio Becca, die sich in der medialen Öffentlichkeit zerfleischten, und zwei diskrete Gewinner: Roland Kuhn und Marco Giorgetti. Letzterer hatte auch das Gespräch zwischen Helminger und Rollinger arrangiert.

30. November 2012

Das *Lëtzebuerger Land* druckt Auszüge aus dem Gespräch zwischen Mille und Juncker. Die Diskussion dreht sich um eine verschlüsselte CD, auf der die SREL-Ermittler eine Aufnahme eines Gesprächs zwischen dem Großherzog und Juncker vermuten. Auf die zahllosen Hypothesen seines Geheimdienstchefs, reagiert der Premierminister ungerührt („Jo jo").Vor allem zwei Aussagen Milles werden in den nächsten Wochen für öffentliches Aufsehen sorgen: „Mir hunn 300 000 Karteikaarten am Keller leien" und „Mir hunn och glaubwürdeg Rapporten, déi eis soen, dass den Haff an de Grand-Duc selwer Kontakt hält, ënnerhält, stänneg mam engleschen Déngscht." Mit letzterer Aussage wirft der SREL-Direktor dem Staatschef Hochverrat vor.

Januar 2013

Jean-Claude Juncker gibt nach mehrfachen Ankündigungen den Vorsitz der Euro-Gruppe ab.

☞

Dezember 2012-April 2013

Die SREL-Affäre entwickelt eine Eigendynamik und zieht immer weitere Kreise. In der Hoffnung ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen, bedienen die Hauptakteure sich ihres Insiderwissens wahlweise als Ablenkung und Absicherung. Illegale Aufnahmen, undurchsichtige Wirtschaftsmissionen (in den irakischen Kurdistan), Vermischung öffentlicher und privater Interessen (Cargolux, Sandstone), Erpressungsversuche und Deals mit russischen Oligarchen (Lebedev/Paesa): Aus den einzelnen nach und nach in die Öffentlichkeit „geleakten" Informationen ergibt sich das Bild eines außerhalb der politischen Kontrolle agierenden Geheimdienstes. Der Untersuchungsausschuss läuft währenddessen der Presse hinterher: Die vorgeladenen Zeugen bestätigen unter Eid lediglich, was bereits über die Antenne oder in Druck gegangen war. Im April wird ein zweites, geheimes SREL-Archiv im Senniger Schloss „entdeckt". Der Beginn des Bommeleeër-Prozesses im Februar verschärft die Lage zusätzlich: An mehreren Punkten verwickeln sich die Affären zu einem für die Öffentlich unübersichtlichen Knäuel.

11. April 2013

François Biltgen kündigt nach 14 Jahren seinen Rückzug aus der Regierung an, um Richter am Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu werden. Sein Gesetz zur Studienbeihilfe wird am 20. Juni 2013 von seinen zukünftigen Kollegen am EuGH kassiert. Am 27. April wird offiziell, dass auch Marie-Josée Jacobs zurücktritt. Damit verlassen die beiden letzten CSV-Minister, die ihre Karriere mit Juncker begonnen hatten, die Regierung.

5. Juni 2013

Radio 100,7 berichtet von der Überwachung der Bommeleeër-Ermittler und der Diffamierungskampagne des SREL. Es handele sich um einen Versuch der „Destabilisierung", sagt Robert Biever.

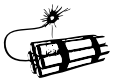
März 2013

Generalstaatsanwalt Robert Biever informiert Premierminister Jean-Claude Juncker und Alex Bodry, Präsident des Untersuchungsausschusses, dass der SREL versucht habe, ihn mit Pädophilie-Vorwürfen zu diskreditieren.

8. April 2013

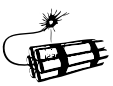
Nach einem Interview mit Luc Frieden kündigt die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung *unter der Überschrift: „Luxemburg knickt ein" das Ende des Luxemburger Bankgeheimnisses an. Im Zuge der Zypern-Krise und Offshore-Leaks gerät Luxemburg unter medialen Druck aus dem Ausland. Die Luxemburger Regierung entscheidet, die Klage Großbritanniens gegen die Initiative von 11 EU-Staaten zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu unterstützen.*

22. April 2013



Luc Frieden dementiert auf RTL-Radio Berichte von Radio 100,7, er habe die Ermittlungen zu den Bommerleeër nie richtig unterstützt. Er wirft dem Radio unseriöse Arbeit vor.

6. Juni 2013



Radio 100,7 sendet einen weiteren Teil des Interviews mit Biever. Hierin bestätigt der Staatsanwalt die Meldung vom 22. April, nach der der frühere Justizminister Frieden den Ermittlungen im Falle Bommeleeër skeptisch gegenüberstand. Luc Frieden sei „nicht amüsiert" über die Ermittlungen gewesen und habe deren „Wert nicht unbedingt eingesehen".

11. Juni 2013

Das Parlament debattiert erneut über das Cargolux-Dossier. Grundlage ist ein 23-seitiger Bericht, den Minister Frieden bei der Beratungsgesellschaft PriceWaterhouse-Coopers in Auftrag gegeben hatte (Kosten: 200 000 Euro). Der Bericht kommt zum Schluss, dass alle Beteiligten „en bon père de famille" gehandelt hätten. François Bausch, Fraktionspräsident der Grünen, fühlt sich beim Lesen des Berichts an „Grimms Märchenstunde" erinnert.

13. Juni 2013

Morgens um 10 Uhr ruft Robert Biever eine Pressekonferenz ein, um der versammelten nationalen Presse zu verkünden, er sei „kee Pädophill". Er sähe sich zu dieser Stellungnahme veranlasst, da er „in den beiden letzten Tagen eine Reihe Informationen aus politischen Milieus verschiedenster Richtungen bekommen habe, nach denen eine ganze Reihe – wie viele weiß ich nicht – Abgeordnete dabei sind, mich zu diskreditieren." Als ein Journalist von 100,7 bei Michel Wolter nachfragt, wen Herr Biever mit den Abgeordneten gemeint haben könnte, antwortet dieser: „Dir musst elo gutt oppasse wat der maacht, gleeft mer et! (...) Wann dat doten de Niveau ass iwwert dee mer diskutéieren, dann diskutéiere mir an der Chamber iwwert den 100,7 de mëtten. Gleeft mer dat." Noch am gleichen Nachmittag „entbindet" Michel Wolter „im Namen der CSV-Fraktion" Radio 100,7 vom Quellenschutz. Die Koalition stimmt gegen den Misstrauensantrag der Opposition und rettet noch ein letztes Mal ihren Finanzminister.

Fortsetzung folgt

Stand 4. Juli 2013

Alle Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen
Hinweise und Ergänzungen (mit Angabe der Quellen)
bitte an
forum@pt.lu.

Grafische Gestaltung: Andrea Beck (www.andrea-beck.com)